

Bischof Karl Lehmann

Erinnerung – Umkehr – Versöhnung

28. März 1990

**Herausgeber:
Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz
Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1**

Inhalt

1. Vorwort	5
2. Wort zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am 1. September (1939–1989)	7
3. Meditation „Friedensstifter“ beim Internationalen Friedensgebet am 1. September 1989 in Warschau	10
4. Gedenkrede zum Volkstrauertag 1989 in der Feierstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Bonn. Trauer: Erinnerung und Umkehr	12
5. Briefe zum Gespräch mit Polen	
a) Schreiben an Herrn Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl vom 8. November 1989 anl. seiner Polenreise	17
b) Schreiben an Herrn Msgr. Prof. Dr. Franz Scholz vom 26. März 1990 zur Versöhnung mit Polen	20
6. Anhang: „Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei.“ Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk vom 8. März 1990	25

Vorwort

Dieses Heft enthält eine Reihe von Texten, die im Zusammenhang der 50. Wiederkehr des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am 1. September (1939–1989), des jährlich abgehaltenen Volkstrauertages und der Bemühungen um Ausgleich und Versöhnung mit Polen entstanden sind. In ihrer Gattung sind die Texte sehr verschieden. Die Erklärung zum 1. September wurde nur über die Presse verteilt. Die kurze Meditation habe ich auf Einladung der Veranstalter des Internationalen Friedensgebetes am 1. September in Warschau zum Thema „Selig die Frieden stiften; denn sie werden Söhne Gottes genannt werden“ (*Mt* 5,9) gehalten. Sie ist in deutscher Sprache bisher nicht veröffentlicht. Sie sollte fünf Minuten nicht überschreiten und fügte sich in eine größere Reihe ähnlicher Besinnungen ein. Ort und Zeit schienen mir jedoch die Aufnahme gerade auch dieses kleinen Textes zu rechtfertigen. Die Gedenkrede zum Volkstrauertag wurde auf Einladung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge am 19. November 1989 in der Bonner Beethovenhalle vorgetragen und gleichzeitig vom Fernsehen übertragen. Aus den Bemühungen um weitere Schritte zu einer nachhaltigen Versöhnung mit Polen wurden zwei Briefe aufgenommen, die ursprünglich im Kontext der Polenreise von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl abgefaßt wurden, jedoch darüber hinaus Gültigkeit besitzen dürften.

In dieses Heft soll in einem eigenen Anhang auch ein Text aufgenommen werden, der zwar nicht eine Veröffentlichung des Vorsitzenden im Sinne des Statuts und der Geschäftsordnung der Deutschen Bischofskonferenz ist, jedoch der Sache nach hier einen angemessenen Platz findet und die verschiedenen Bemühungen der Deutschen Bischofskonferenz um gute Beziehungen zu unseren Nachbarn dokumentiert. Die Erklärung „Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei“ wurde auf der gemeinsamen Sitzung der Deutschen Bischofskonferenz und der Berliner Bischofskonferenz am 8. März 1990 einstimmig verabschiedet. Die in Augsburg versammelten Bischöfe haben bewußt die Situation ihrer ersten gemeinsamen Begegnung dazu benützt, um nicht nur etwas zum deutsch-deutschen Verhältnis und zur Einheit Deutschlands zu

sagen, sondern um den versöhnenden Worten der politischen und weltlichen Repräsentanten des tschechischen Volkes eine gebührende Antwort zukommen zu lassen. Gerade in einer Zeit, wo uns die künftige Gestalt der Einheit Deutschlands am Herzen liegt und intensiv beschäftigt, dürfen solche Initiativen im europäischen Raum, nach Osten und Westen, und besonders zu unseren Nachbarn nicht fehlen.

Mainz, 28. März 1990

A handwritten signature in black ink, reading "Karl Lehmann". The signature is written in a cursive, slightly slanted style. To the left of the signature is a small, simple cross symbol.

Bischof Karl Lehmann

Wort zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges am 1. September (1939–1989)

Am 1. September 1939, vor 50 Jahren, begann mit dem Angriff auf unser Nachbarland Polen der Zweite Weltkrieg. Größenwahn und die Ideologie von Blut und Boden, Machthunger und verbrecherische Menschenverachtung der nationalsozialistischen Führer hatten diesen Krieg herbeigeführt. Unendliches Leid und Not brachte dieser Krieg über die Menschen, Millionen wurden geschunden und gequält, getötet und ermordet. Millionen Soldaten wurden in kaum lösbare Gewissenskonflikte gestürzt und in die Untaten des Krieges und der Gewalt verstrickt. Unzählige haben ihre Heimat verloren. Ganze Völker und Minderheiten drohten ausgerottet zu werden. Der Völkermord an den Juden ist beispiellos in der Geschichte.

Die Initiative zu diesem Krieg ging von der Führung unseres Landes aus, auch wenn andere Mächte ihr eigenes Interesse daran haben mochten. Die Frage nach Schuld und Ursachen hat die deutschen Bischöfe 1945, nach Beendigung des Krieges, bewegt und sie bewegt uns auch heute noch. Die nationalsozialistische Terrorherrschaft war eben erst überwunden worden, da schrieben die Bischöfe in ihrem *Wort an die Gläubigen* vom 23. August 1945: „Furchtbares ist schon vor dem Kriege in Deutschland und während des Krieges durch Deutsche in den besetzten Ländern geschehen. Wir beklagen es zutiefst: Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben; viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selber Verbrecher geworden. Schwere Verantwortung trifft jene, die aufgrund ihrer Stellung wissen konnten, was bei uns vorging, die durch ihren Einfluß solche Verbrechen hätten verhindern können und es nicht getan haben, ja diese Verbrechen ermöglicht und sich dadurch mit den Verbrechern solidarisch erklärt haben.“

Es leben heute nicht mehr viele, die sich unmittelbar fragen müssen, ob sie in diesem Krieg Verbrechen Vorschub geleistet haben oder selbst Verbrecher geworden sind. Die nachfolgenden Generationen sind nicht in dieser Weise verantwortlich für das, was damals geschah. Aber damit allein ist die Frage der Schuld und ihrer Ursachen nicht erledigt. Alle sind nämlich vom gemeinsamen Erbe der Folgen betroffen und müssen diese schwere Last in Solidarität mittragen. Es gibt eine Solidargemeinschaft nicht nur im Erfolg und im Glück, sondern auch im Leid und in der Trauer. Erst recht sind alle verantwortlich für das, was aus unserem Volk in der Zukunft wird.

Ein solcher Gedenktag erinnert an Versagen und Schuld. Von der gemeinsamen Haftung aller und der Last der Geschichte war in den letzten Jahrzehnten immer wieder die Rede (vgl. auch die *Erklärung der deutschen Bischöfe zum 40. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges* vom 27. August 1979 und die *Erklärung der deutschen Bischöfe zum 30. Januar 1933* vom 24. Januar 1983 sowie das *Wort der Bischöfe zum Verhältnis von Christen und Juden aus Anlaß des 50. Jahrestages der Novemberpogrome 1938* vom 20. Oktober 1988). Es ist darum nicht notwendig, allgemeine Schuldbekennnisse zu wiederholen. Ethisch kann man im wahren Sinn ohnehin nur dann angemessen von Schuld sprechen, wenn persönliche Zurechnung und individuelle Verantwortung vorliegen und jemand nach freier Entscheidung gegen sein Gewissen und gegen sittliche Normen verstößt. In diesem strengeren Sinne von Schuld gilt heute noch das schon genannte Wort der Bischöfe vom August 1945: „Es ist eine Forderung der Gerechtigkeit, daß immer und überall die Schuld von Fall zu Fall geprüft wird, damit nicht Unschuldige mit den Schuldigen leiden müssen. Dafür sind wir Bischöfe von Anfang an eingetreten und dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.“ Schuldbekennnisse, die man bei vielen historischen Gedenktagen abgeben könnte, dürfen nicht zu einem folgenlosen Ritual werden. Ihre floskelhafte Wiederholung gefährdet ihren Ernst und ihre Glaubwürdigkeit. Es kommt darauf an, in wahrer Umkehr und in den Grenzen der Möglichkeiten einer Wiedergutmachung konkrete Trauerarbeit zu leisten. Diese läßt den Schmerz über das Verlorene und Zerstörte empfinden, erinnert uns aber auch an die Folgen für Gegenwart und Zukunft. So haben wir Verpflichtungen gegenüber den Völkern und den Menschen abzutragen, über die dieser Krieg Leid, Not und Tod gebracht hat.

Dieser furchtbare Krieg hat uns die Erkenntnis nahegebracht: Krieg darf es nie mehr geben. Papst Pius XII. hat eine Woche vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges gesagt: „Die Gerechtigkeit bahnt sich den Weg durch die Kraft der Vernunft, nicht durch Gewalt von Waffen.“ (*Rundfunkbotschaft an die Welt* vom 24. August 1939.) Die Deutsche Bischofskonferenz hat ihrem Friedensschreiben 1983 das Wort des Propheten Jesaja (vgl. 32, 17) „Gerechtigkeit schafft Frieden“ vorangestellt. Unsere geschichtliche Verpflichtung, der wir uns in diesen Tagen besonders bewußt werden, hält uns dazu an, in unserem Vaterland, in Europa und in der ganzen Welt für Gerechtigkeit einzutreten und selbst Schritte des Friedens zu tun. Das fordert Opfer von uns. Um des kostbaren Friedens willen dürfen wir ihnen nicht ausweichen.

Der Friede verlangt noch mehr von uns. Wir danken unseren Nachbarn in Ost und West für die Bereitschaft, mit uns wieder einen neuen Anfang zu machen. Wir nehmen uns an diesem Tag auch vor, als völkerumspannende Kirche unseren Beitrag zu leisten, um die eingeschlagenen Wege der Verständigung, des

Ausgleichs, ja der Versöhnung mit unseren Nachbarn in Ost und West auszubauen.

Kriege toben zwischen Völkern. Doch darf die Verantwortung des Einzelnen nicht übergangen werden. Das Böse hat seinen Ursprung im Herzen des Menschen. So hat der abgründige Haß Hitlers gegen die jüdischen Mitmenschen und gegen bestimmte Minderheiten sein Handeln bestimmt. Das Grauen des Krieges und der nationalsozialistischen Verbrecherherrschaft ist schließlich nicht möglich ohne die Verachtung des Willens Gottes. Deshalb müssen auch wir heute mit großer Wachsamkeit den Anfängen wehren, wenn die Gefahr besteht, daß wir uns in vielfältige Formen der Feindschaft und des Hasses hineintreiben lassen. Unsere Geschichte mahnt uns auch, wie verhängnisvoll die Folgen sind, wenn wir das Gewissen beschwichtigen, uns nicht für zuständig erklären und schweigen.

Nur auf einem solchen Fundament kann der wahre Friede gedeihen. Er ist Frucht und Werk der Gerechtigkeit, wie die Heilige Schrift des Alten und des Neuen Bundes einmütig sagt (vgl. *Jes 32, 17* und *Jak 3, 18*). Zugleich aber übersteigt der Friede die Ebene des Rechts, das er freilich voraussetzt und schützt. Der Friede ist in seiner wahren Tiefe auch Frucht des Glaubens und der Liebe (vgl. *Röm 5, 1* und *Gal 5, 22*). Das Evangelium des Friedens (vgl. *Eph 6, 15*) verweist uns auf Gott, der uns den Geist der Liebe, den Heiligen Geist, gesandt hat. Wir wollen uns dieser erneuernden Kraft Gottes öffnen, damit der Geist der Liebe uns ergreift, reinigt und umwandelt.

So soll der 1. September 1989 nicht nur gleichsam von Amts wegen als Gedenktag angemahnt oder nur von Repräsentanten begangen werden. Dieser Tag soll ein Tag des Nachdenkens und der Trauer, der Umkehr und des Gebetes werden. Solche Erinnerung vor Gott und den Menschen schenkt wahre Zukunft.

Bischof Dr. Karl Lehmann

Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Bonn, 16. August 1989

Meditation „Friedensstifter“ beim Internationalen Friedensgebet am 1. September 1989 in Warschau

„Selig die Frieden stiften; denn sie werden Söhne Gottes genannt werden.“
(Mt 5,9)

Die siebte Seligpreisung ist nicht nur ein Höhepunkt in der Bergpredigt Jesu, sondern hebt entscheidend die Mitte des christlichen Handelns hervor, auch wenn wir uns dessen nicht immer bewußt sind. Es ist ein Wort, das die ganze Bibel verdichtet. Überall spürt man jüdischen Nährboden. In typisch hebräischer Diktion heißt es wörtlich: „Selig, die Frieden *machen*“ (vgl. *Jes 27,5*; *Jos 9,15*). Ja, über den Frieden reden: darin sind wir Meister. Aber *selig* gepriesen wird nur der, der ihn aktiv *schafft*.

Der heutige Tag erinnert uns besonders daran, wie schrecklich es ist, wenn die Waffen ihr tödliches Unheil verbreiten, und wie dankbar wir sind, wenn sie wieder schweigen. Frieden ist dennoch mehr als die Abwesenheit von Krieg und Streit. Dahinter steht die elementare Sehnsucht der Menschen nach einem Leben, das nicht mehr bedroht ist von den zerstörerischen Mächten des Bösen und in dem der Mensch dem Menschen nicht mehr ein reißender Wolf ist. Frieden – schalom – hat etwas mit umfassendem Heil- und Ganzsein, mit Identität und Wohlergehen, mit Zu-friedenheit zu tun. Dazu gehören z. B. der erklärte Verzicht auf jede Gewalt und das Recht auf Hoffnung für alle. Je mehr wir diesen Frieden im wahren Sinne betrachten, um so ohnmächtiger erfahren wir uns angesichts von Gewalt in Wort und Tat allüberall in der Welt. Der Unfriede des menschlichen Herzens ist der Anfang, „denn das Trachten des Menschen ist böse von Jugend an“ (*Gen 8,21*). Um so überwältigender ist der Glaubende überzeugt, daß nur Gott diesen Frieden erwirken kann. Er allein ist der wahre Friedensstifter. Die Christen bekennen im Blick auf den gekreuzigten und auf-erweckten Jesus Christus, der sein Leben zur Versöhnung der zerrissenen Welt hingab: „Er ist unser Friede“ (*Eph 2,14*).

Darum ist dieser umfassende Friede, auch wenn er uns erst voll in der Seligkeit Gottes geschenkt wird, kein utopisches Fernziel. Freilich ist die Umkehr des Menschen Voraussetzung für ein erfolgreiches Bemühen um den äußeren Frieden. Darauf geht die Verheißung des Jesus-Wortes: Es gibt im Geist Gottes *jetzt schon*, mitten im Streit und Kampf, Friedensstifter. Wer wahren Frieden unter den Menschen wirkt, hat teil an der Art Gottes. Wer sich ganz vom Vater im Himmel bestimmen läßt, alle Schranken der Feindschaft, Ausgrenzung und des Ausschlusses aufhebt und den Feind durch Zuvorkommenheit entwaffnet,

kann das Unmögliche möglich machen: Frieden stiften. Dafür schenkt Jesus, der Sohn des Vaters schlechthin, die höchste Würde, nämlich Söhne und Töchter Gottes zu werden (vgl. *Hos* 2,1; *Dt* 14,1; 32,10.19; *Weish* 2,13.18; vgl. bes. *Mt* 5,45 und *Gal* 4,4 ff). Wer die Welt in wahren Frieden zusammenhält, ist Gott am nächsten.

Was ist das für ein Friede? Es ist der Teil der irdischen Auswirkung des gottgeschenkten Friedens. Er ist gewiß unvollkommen, notdürftig und stets gefährdet. Er beginnt mit einfachen Dingen: Reichen der Hände, kleine vertrauensfördernde Schritte, Zueinanderbringen von Menschen, Abbau von Mißtrauen, Suche nach Entspannung, Verzicht auf Prestige und Machtdemonstration, Bereitschaft zum Kompromiß, Entschärfung von Konflikten, Bau von Brücken, Verständigung, Neuanfang und Versöhnung. Dieses unermüdliche „Jagen nach dem Frieden“ (*Ps* 34,15) geschieht durch heilige Friedensstifter, wie Nikolaus von der Flüe, aber auch im redlichen Mühen und in der unsäglichen Kleinarbeit politisch tätiger Menschen, die in Verhandlungen und Verträgen um den Frieden ringen. Ich denke an Dag Hammarskjöld.

Wie soll dieser Friede Gottes in unsere so von Interessen und faulen Kompromissen geprägte Welt kommen? Was können hier bloße Worte und Hände armer Menschen? Wie gehören am Ende menschliches Friedensbemühen und göttliche Versöhnung zusammen? Die Antwort soll eine rabbinistische Parabel geben. Der Kochtopf vollbringt täglich ohne Aufsehen ein unglaubliches Wunder. Indem sein dünner Boden zwei feindliche Elemente, nämlich Feuer und Wasser, voneinander trennt, versöhnt er zwar die beiden keineswegs – dies vermag nur Gott –, aber er schafft es, die beiden zur friedlichen und konstruktiven Zusammenarbeit zu bewegen. Daraus geht in der Form köstlicher Speisen Gutes hervor. Der Friede ist, um im Gleichnis zu bleiben, eine unentbehrliche Speise für das Leben der Welt. Friedensstifter mögen jedoch immer an den Kochtopf denken.

Gedenkrede zum Volkstrauertag 1989 in der Feierstunde des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Bonn, 19. November 1989

Trauer: Erinnerung und Umkehr

*„Denke, daß es ein Leben gibt, und daß es einen Tod gibt,
denke, daß es Seligkeiten gibt, und daß es Gräber gibt.
Sei nicht vergeßlich, sondern denke dran!“
(Robert Walser)*

Viele sind bei Reisen und wohl auch in den Ferien über Soldatenfriedhöfe gegangen. Sei es in den Vogesen oder in Verdun, in Lublin oder in Montecassino. Der Atem stockt einem immer wieder, wenn man den endlosen Reihen entlangschreitet: in ihrer Monotonie wird etwas von der Absurdität des Sterbens so vieler Menschen offenbar. Mit Worten Peter Huchels: „Die Luft ist brüchig. / Fünftausend Kreuze / In Reih und Glied, / Streng ausgerichtet / Auf Vordermann.“

Aber auch hier, in der Wüste des Todes und seines verzehrenden Schweigens, zählt immer noch jedes einzelne Schicksal. Hinter jedem Kreuz – auch wenn kein Name eingeritzt ist – schaut ein konkretes Gesicht hervor. Mir ist es einmal sehr hautnah aufgegangen, wie viele Menschen auf diesen Friedhöfen liegen: Ende der fünfziger Jahre während meiner römischen Studienzeit bat mich eine unbekannte Frau aus der Heimat, ich möchte ihr ein Foto des Grabes ihres einzigen Sohnes vom Soldatenfriedhof in Anzio-Nettuno besorgen. Es war ein Name, der bei uns gewiß ziemlich verbreitet ist, wie zum Beispiel Herbert Gruber. Aber ich hatte ja zur genaueren Identifizierung noch das exakte Geburtsdatum. Nach meinem Besuch mußte ich enttäuscht zurückschreiben: Es gab eine größere Zahl von Gräbern mit dem gesuchten Namen *und* dem selben Geburtstag. Jetzt begriff ich etwas von dem konkreten Schicksal in diesem unabsehbaren Meer von Gräbern. Ich war damals etwas über die zwanzig, die meisten – dies verriet die Zahlen auf den Kreuzen – waren bei ihrem Tod ähnlich alt oder jünger. Immer wieder kommt mir diese Geschichte mit Herbert Gruber, den ich fand und doch nicht fand, in den Sinn und weckt zugleich die Frage: Was ist mit dir? Warum hatte ich ein anderes Los gezogen? Was folgt daraus?

Dies ist nicht bloß die Geschichte eines Studenten vor dreißig Jahren. Denn sie leben noch mit uns und unter uns: die Frauen und Männer, die Töchter und

Söhne der Väter, die Braut des Verlobten. Oft denken wir nicht daran, wie nahe die Opfer von Krieg und Gewalt uns sind und wie viele Menschen noch heute still leiden.

Brauchen wir so etwas wie einen „Volkstrauertag“, weil wir sonst all dies vergessen haben? Hat dieser Sonntag nicht eine Alibi-Funktion, ist er nicht ein Dokument beständiger Verdrängung? Ja, dieser stets drohenden Gefahr müssen wir alle nüchtern ins Auge sehen. Niemand wird sie leugnen. Wir sind mehr als vergeblich, nämlich erinnerungslos. Es ist freilich schwer, über die Erfahrung mit diesen unzähligen Toten zu sprechen. Wer an diesem Sonntag über das unsägliche und namenlose Leid spricht, muß auf der Hut sein. Heldentöne sind unangebracht, dafür war der Tod so vieler zu absurd. Aber wir achten und ehren die mißbrauchte Einsatzbereitschaft so vieler junger Menschen für andere. Wenigstens an diesem Tag sollen sich auch alle jene, die keinen Verlust beklagen müssen, zu den Hinterbliebenen der Opfer stellen und ihnen – vielleicht schweigend – zur Seite treten. Wer sich des Vergessenen erinnert, braucht jedoch auch das Wort. Der Stachel im Fleisch unserer Dickfelligkeit muß wenigstens an diesem Tag fühlbar werden. Die Kraft des Erinnerns tut not.

Hören wir wenigstens in diesen November-Tagen die Erzählungen all derer, die unter diesem Leid heute noch gebeugt sind. Schneiden wir ihnen nicht ungeduldig das Wort ab: „Das habe ich doch schon so oft gehört . . .“. Wenn wir wollen, können wir sie alle neben uns entdecken, die heute noch den Verlust in ihren Gliedern spüren: die Nachbarn, die Arbeitskollegin, der Mitarbeiter, die hochbetagte Dame im Altersheim, die Reinemachefrau.

Das Gedenken erhält in diesem Jahr eine zusätzliche Note. Am 1. September erinnerten wir uns, wie vor fünfzig Jahren mit dem Angriff auf unser Nachbarland Polen der Zweite Weltkrieg ausbrach. Unendliches Leid und Not brachte dieser Krieg über die Menschen. Millionen wurden geschunden und gequält, getötet und gemordet. Millionen Soldaten wurden in kaum lösbare Gewissenskonflikte gestürzt und in die Untaten des Krieges und der Gewalt verstrickt. Unzählige haben ihre Heimat verloren. Ganze Völker und Minderheiten drohen ausgerottet zu werden. Der Völkermord an den Juden ist beispiellos in der Geschichte.

Wir gedenken aller Opfer von Krieg und Gewalt in unserem Jahrhundert, der Soldaten beider Weltkriege, die gefallen, ihren Verletzungen erlegen oder in Kriegsgefangenschaft gestorben sind. Wir gedenken der Frauen, Kinder und Männer, die durch Kriegshandlungen, durch Bombenangriffe, auf der Flucht oder bei der Vertreibung aus der Heimat ihr Leben gelassen haben; wir gedenken all derer, die unter der Herrschaft der Gewalt in vielen Ländern Opfer ihrer Überzeugung, ihres Gewissens und ihres Glaubens wurden; wir gedenken all jener, die ermordet wurden, nur weil sie einem anderen Volk angehörten oder

eine andere Hautfarbe hatten. Wir gedenken der Opfer des tapferen Widerstandes, der Menschen aus vielen und verschiedenen geistigen Lagern einte. Wir gedenken nicht weniger des gewaltsamen Todes vieler Opfer in terroristischen Anschlägen, in Bürgerkriegen – die brutalen Morde in El Salvador erschüttern immer noch die Welt.

Zahlen können gegenüber diesem erdrückenden Leid beinahe wie kaltschnäuzige Rechnereien aus mitleidloser Distanz klingen, aber wir müssen sie bekennen: Im Ersten Weltkrieg mußten zehn Millionen ihr Leben lassen, im Zweiten Weltkrieg haben weltweit über fünfundfünfzig Millionen ihr Leben verloren. Hinzu kommen einundzwanzig Millionen im Ersten und fünfunddreißig Millionen Kriegsbeschädigte im Zweiten Weltkrieg. Sechs Millionen Juden starben durch die Mörder der nationalsozialistischen Diktatur. Allein in unserem Jahrhundert waren es weltweit etwa hundertfünfzig Millionen Menschen, die durch Krieg und Gewaltherrschaft umkamen, eine schier unvorstellbare Zahl. Was für eine ohnmächtige Gebärde wird unser Gedenken vor dieser Unermeßlichkeit von Leid und Tod . . .

Um so notwendiger ist und bleibt konkrete Trauerarbeit. Der Glaube der Bibel kann uns dabei in vielfacher Weise helfen. Auch dem, der ihm ferner steht, erschließt er immer wieder allzu leicht vergessene Dimensionen des Menschseins. Der biblische Glaube ist ein Gegenmittel gegen Erinnerungslosigkeit. Er lebt von Anfang bis zum Ende vom Erzählen einer Geschichte, die nie einfach vergangen ist und stets uneingelöst bleibt: das Gespräch und die Zuwendung Gottes zum Menschen hin, zumal in Not und Bedrängnis. Aber diese Geschichte sagt noch mehr: Wir sind Gedanken Gottes. Auch wenn Menschen Tote vergessen, leben sie im Gedenken Gottes weiter. Sie nehmen an seinem unzerstörbaren Leben teil, oder sagen wir es in der Sprache gegenwärtiger Dichter: „Doch das Lied überm Staub danach / wird uns übersteigen“ (Ingeborg Bachmann), „Es sind noch Lieder zu singen jenseits der Menschen“ (Paul Celan). Die anonymen Opfer der Kriege, der Katastrophen und der Gewalt bewahren im lebendigen Gedächtnis Gottes ihren unverwechselbaren Namen. Weil sie, zumal in ihrer Verlassenheit und Einsamkeit, von Gott gekannt und geliebt sind, darum können sie nicht einfach untergehen.

Dieser Gott kennt den Menschen. Er kennt ihn aus eigener Erfahrung in Jesus Christus. Er kennt auch den absurden Tod, wie ihn der Menschensohn am Galgen sterben mußte. Gott weiß, was Leiden heißt. Eine alte jüdische Legende, die uns der Literatur-Nobelpreisträger Elie Wiesel überliefert hat, erzählt davon: „Als Gott die Leiden seiner unter den Völkern zerstreuten Kinder sieht, vergießt er zwei Tränen, die in den Ozean tropfen, beim Fallen machen diese Tränen einen solchen Lärm, daß man es von einem Ende der Welt zum anderen hört. Ich – so Elie Wiesel – lese diese Legende immer wieder. Und ich sage mir:

Gott hat sicher mehr als zwei Tränen in das Meer der Geschichte vergossen. Aber die Menschen sind vermutlich feige. Sie stellten sich taub.“

Dies darf nicht das letzte Wort sein. Es bleibt nicht beim Blick zurück im Zorn oder in ohnmächtiger Trauer. Der Volkstrauertag ist zu einem Tag des Aufrufs zur Versöhnung geworden. Wir dürfen uns nicht abfinden mit der Übermacht des Todes und des Hasses. Unsere Toten wären sonst ganz umsonst gestorben, wenn wir nicht leidenschaftlich für mehr Verständigung und Aussöhnung unter den Völkern eintreten. Gerade Soldatengräber sind große, unübersehbare Mahnmale für den Frieden. Die Trauerarbeit läßt uns den Schmerz über das Verlorene und Zerstörte empfinden, erinnert uns aber auch an die Folgen für Gegenwart und Zukunft. Gerade die Davongekommenen haben einen tiefverwurzelten Auftrag zu einem neuen Anfang. Wahre Trauer schließt sich nicht in der verhängnisvollen Vergangenheit ein, schüttelt sie freilich auch nicht ab wie Wasser vom nassen Pelz und verdrängt sie nicht, sondern sucht Wege der Befreiung von Unheil und Schuld nach vorne, in eine neue gemeinsame Zukunft hinein. Es gehört zum Schmerz der Erinnerung, daß man um die Einmaligkeit und Unwiederbringlichkeit des zerstörten Lebens weiß. Wiedergutmachung, so notwendig sie ist, gibt es nur in wenigen Bereichen. Aber es gibt andere Formen, wie wir unsere Verpflichtungen gegenüber den Völkern und den Menschen abtragen können, über die die Kriege Leid, Not und Tod gebracht haben. Wahre Trauer verlangt die Umkehr zu einem neuen Leben. So rufen uns die Opfer der Kriege und der Gewalt mit dem Beter in den Psalmen zu: „Suche den Frieden und jage ihm nach!“ (Ps 34, 15). Sie erwarten von uns, daß wir alles tun, damit die Staaten die riesigen Arsenalen der Vernichtungswaffen abbauen, Gewaltanwendung in allen Formen mindern und sich auf eine umfassende Ordnung der Gerechtigkeit und des Friedens verständigen. Die Trauer, die in der Erinnerung zur Umkehr wird, ruft uns mit letzter Entschiedenheit zu: *Krieg darf es nie mehr geben*. Unsere geschichtliche Verpflichtung hält uns dazu an, in unserem Vaterland, in Europa und in der ganzen Welt für Gerechtigkeit einzutreten und selbst Schritte des Friedens zu tun, auch wenn dies große Opfer von uns verlangt.

Die Tränen der Trauer und des Leides werden nicht trocknen, wenn wir nicht ihren Ursachen und Gründen nachgehen, ihre Wurzeln bloßlegen: Massenwahn und Rassenwahn, Überheblichkeit und Selbstherrlichkeit, Intoleranz und Ideologien. Nur wenn wir den Abgründen menschlicher Verirrung und des Hassens bereits in den Anfängen mit großer Wachsamkeit wehren, können die Tränen langsam versiegen und trocknen. Schuld dürfen wir nicht nur und zuerst anderen zuweisen, sondern müssen eigene, oft stille Mitschuld in unserem Gewissen aufspüren. Nur so können wir lernen, der Gewalt des Bösen in dieser Welt die Macht des Guten in unserem Herzen entgegenzusetzen, ohne hoffnungslos ohnmächtig zu resignieren.

Erinnerung allein, die folgenlos bliebe, darf es nicht geben. Die Wahrhaftigkeit unseres Trauerns muß sich in der Kraft unseres Entschlusses und unseres Tuns erweisen.

Der Tod und der Vernichtungswille lauern oft da, wo wir es nicht vermuten. Oft wissen wir sogar darum, aber wir lassen uns nur ungern die Augen öffnen. Unsere Wahrnehmungsfähigkeit für die Wirklichkeit des verborgenen Bösen wird nicht selten geblendet. Ich denke an die Gewalt, die wir ausüben gegen die Natur, gegen alle Wehrlosen, die Gewalt gegen Frauen, die Gewalt gegen Kinder, die Tötung ungeborenen Lebens . . . Gewalt bahnt sich jedoch auch schon in den geistigen Anfängen an, wenn wir z. B. Fremden feindselig begegnen, Andersdenkende ablehnen, Überlebensängste schüren und Menschen aus anderen Ländern in ihrer Bedrohung und auf ihrer Suche nach Freiheit nicht aufzunehmen bereit sind. Wer nicht seine eigenen Lebenschancen mit anderen, die in ihrer Not zu uns kommen, teilt, ist immer noch unfähig zu trauern. Krieg ist immer Todesnähe. Aber auch Unfreiheit und Gewaltherrschaft sind, zumal wenn sie von Staaten diktiert werden, schwelende Kriegsherde. Die Teilung Europas und die Mauer in unserem Vaterland sind Kriegswunden. Fast hatten wir uns damit schon abgefunden. Die Menschen im Osten Europas und im anderen Teil Deutschlands haben uns in den letzten Monaten, Wochen und Tagen in eindrucksvoller Überzeugungskraft vorgelebt, daß das Verlangen nach Freiheit trotz aller Repression nicht total erstickt werden kann. Hoffnung, auch wenn sie zuweilen nur ein schwaches Licht angibt, ist nicht vergeblich. So hat wahre Trauer, wenn wir ihr auf den Grund folgen, ihren eigenen Trost. Wir trauern, doch wir leben und arbeiten in der Hoffnung auf mehr Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in der Welt. Ein altes Wort ermutigt uns neu dazu: „Selig die Trauernden; denn sie werden getröstet werden.“ (Mt 5, 4)

Briefe zum Gespräch mit Polen

*Herrn Bundeskanzler
Dr. Helmut Kohl
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1*

8. November 1989

Sehr verehrter Herr Bundeskanzler,

vom 9. bis 14. November werden Sie auf Einladung des polnischen Premierministers unserem Nachbarland Polen einen offiziellen Besuch abstatten. Diese Visite ist in besonderer Weise durch die grundlegende Umgestaltung des politischen und gesellschaftlichen Lebens in Polen hin auf Demokratie und Freiheit begünstigt. Der Wandel in Polen, den es durch umfassende und wirksame wirtschaftliche Hilfe zu begleiten gilt, ist von entscheidender Bedeutung für die Sicherung von Menschenrechten und Selbstbestimmung in anderen Ländern des östlichen Europas, gerade auch im anderen Teil Deutschlands. Diese Reformen haben das Tor zu einer umfassenden Erneuerung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland geöffnet. Mit Ihrem Aufenthalt in Polen wollen Sie ein Zeichen für den Willen der Menschen in unserem Land setzen, vorbehaltlos die Verständigung mit unserem Nachbarvolk als Voraussetzung einer friedlichen Neuordnung Europas voranzutreiben.

Die deutschen Katholiken haben diesem Ziel seit jeher besondere Bedeutung zugemessen. Geleitet vom Willen zur Versöhnung aus der Kraft des christlichen Glaubens, suchten schon bald nach dem schrecklichen Unrecht, das Krieg, Terrorherrschaft und Vertreibung über Millionen von Menschen gebracht hatten, Männer und Frauen aus beiden Völkern nach Wegen zueinander, um die Sprachlosigkeit zu überwinden. Die katholischen Heimatvertriebenen leisteten einen eindrucksvollen Beitrag zu diesen Bemühungen. Das Ende des Zweiten Vatikanischen Konzils brachte vor einem Vierteljahrhundert den denkwürdigen Austausch der Versöhnungsbotschaften zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen. Heute wie damals ist uns das unvergessene Wort der polnischen Mitbrüder „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ Leitsatz und Verpflichtung.

Die Begegnung zwischen den Menschen, die die Kirche in beiden Ländern seither vermitteln konnte, erhielt dadurch Richtung und Impulse. Die spontane

Hilfsbereitschaft zahlloser Deutscher, durch die großangelegte Hilfsaktionen gerade der kirchlichen Werke ermöglicht wurden, hat vielen Polen in schwerer Zeit ein neues Bild vom deutschen Nachbarn eröffnet. Die vom christlichen Geist getragenen Kontakte zwischen Deutschen und Polen sind inzwischen zu einem unübersehbaren Netz fruchtbarer und zukunftsweisender Kontakte angewachsen, das auch die jungen Menschen in beiden Nationen einschließt. Wir begrüßen daher den Willen beider Regierungen, der Begegnung der Jugend durch das Abkommen über den Jugendaustausch eine feste Grundlage zu geben. Die katholische Kirche ist bereit, zum Gelingen dieser großen Aufgabe ihren eigenen, unverwechselbaren Beitrag zu leisten und ihre Erfahrungen und Kontakte in den Jugendaustausch einzubringen, um dem Auftrag zur Gestaltung der Zukunft Europas aus den Wertvorstellungen des christlichen Glaubens auch in diesem wichtigen Bereich gerecht zu werden.

Die intensiven und aufrichtigen Begegnungen mit den Brüdern und Schwestern in Polen haben uns während der vergangenen Jahrzehnte freilich auch gelehrt, wie groß oft noch die Schwierigkeiten sind, die einem unbefangenen Miteinander im Wege stehen. Sie gilt es in geduldigem und vertrauensvollem Dialog allmählich zu überwinden. Die Kirche in unserem Land wie in Polen wird dazu auch in Zukunft ihren Beitrag leisten.

Wir Bischöfe konnten den Brüdern und Schwestern in Polen immer wieder versichern, daß die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland die internationalen Rechtsgrundlagen, auf die sich das Verhältnis zwischen unseren beiden Staaten gründet, in allen ihren Teilen unverbrüchlich achten und daß sie dem Wunsch der Polen, innerhalb gesicherter Grenzen ihre nationale und territoriale Integrität zu bewahren, jetzt und in Zukunft höchste moralische Berechtigung einräumen. Allerdings können dabei völkerrechtlich verbindliche Aussagen nicht Sache der Kirche sein. Mein Vorgänger im Amt des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Joseph Kardinal Höffner, hat anläßlich der Feier des zwanzigsten Jahrestags des Austauschs der Versöhnungsbotschaften die polnischen Bischöfe um Verständnis dafür gebeten, daß wir „eine solche Erklärung nicht vermischen wollen und können mit einer Stellungnahme zur Frage einer noch ausstehenden abschließenden Friedensordnung für unser Land als Ganzes und für den ganzen gespaltenen europäischen Kontinent. Eine solche herbeizuführen oder für überflüssig zu erklären, steht nicht in der Macht der Kirche. Die im polnischen Volk tief verwurzelte Freiheitsliebe wird, davon sind wir überzeugt, bei unseren Nachbarn auch Verständnis dafür schaffen, daß unser Volk von einer solchen in Freiheit und ohne irgendeinen Nachteil für seine Nachbarn herbeigeführten Friedensordnung seine Selbstbestimmung in allen seinen Teilen erhofft.“

Der Prozeß der inneren Veränderungen in Polen wird das Verständnis für die

legitimen kulturellen Rechte der deutschen Minderheit wachsen lassen und deren volle Respektierung ermöglichen. Dazu gehört auch das in der ganzen Kirche geltende Recht auf Seelsorge in der eigenen Muttersprache.

Die Belastungen aus der Vergangenheit, die gewiß noch längere Zeit fortwirken werden, erinnern Deutsche wie Polen daran, daß die Versöhnung nicht auf Vergessen und Verdrängen gegründet sein kann, sondern auf die bereitwillige Annahme der ganzen gemeinsamen Geschichte, ihrer Schrecknisse ebenso wie der wegweisenden Beispiele menschlicher Größe. Ihr Besuch in Polen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, wird Sie an Stätten führen, die von dem namenlosen Unrecht künden, das in deutschem Namen begangen wurde. Ihr Weg wird an die Katastrophe unseres Volkes in Zusammenbruch und Vertreibung ebenso erinnern wie an die Männer und Frauen, die mit dem Einsatz ihres Lebens für die Ehre eben dieses Volkes eingestanden sind. Ich freue mich, daß Sie die Begegnung mit dem polnischen Premierminister in Kreisau mit der gemeinsamen Feier der heiligen Messe verbinden wollen, um vor aller Welt den Versöhnungswillen der Christen zu bekunden, und daß mit diesem Entschluß die Gefahr von Mißdeutungen eben dieses Zusammentreffens beseitigt werden konnte. Gott möge es fügen, daß einmal auch von anderen Stätten, die im Bewußtsein der Menschen noch für blutige Zwietracht zwischen den Völkern stehen, eine solche zukunftsweisende Botschaft ausgehen kann.

Ihr Besuch in Polen, sehr verehrter Herr Bundeskanzler, bedeutet für Deutsche wie für Polen ein herausragendes Ereignis. Im Namen der Deutschen Bischofskonferenz und aller katholischen Gläubigen in unserem Land wünsche ich Ihnen dafür Gottes Segen.

Die deutschen Bischöfe, die während Ihrer Reise zu einer Begegnung mit dem Heiligen Vater Johannes Paul II., dem Papst aus Polen, in Rom sein werden, begleiten Sie – gewiß mit vielen Christen – durch ihr Gebet.

Möge es Ihnen und Ihren polnischen Gastgebern gelingen, den Frieden zwischen den Völkern weiter zu fördern und so ein Zeichen der Hoffnung für die Menschen in beiden Teilen unseres Vaterlandes, in Europa und in der ganzen Welt zu setzen.

Mit herzlichen Segenswünschen

Bischof Karl Lehmann

*Herrn Universitäts-Professor
Monsignore Dr. Franz Scholz
Ringstraße 76
6110 Dieburg*

26. März 1990

Sehr geehrter, lieber Herr Professor Scholz,

anlässlich des offiziellen Besuchs, den Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl im November 1989 Polen abstattete, richtete ich an ihn ein Schreiben, das auch veröffentlicht wurde.

In einer ausführlichen Zuschrift nahmen Sie bald darauf Stellung zu diesem Brief; Ergänzungen fügten Sie noch in einem späteren Schreiben an. Sie bezogen sich insbesondere auf zwei Passagen meines Briefes an den Herrn Bundeskanzler: zum einen auf den Brief der polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe vom 18. November 1965, näherhin auf die darin ausgesprochene Vergebung bzw. Vergebungsbitte; zum anderen auf meine Aussage, daß „die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland . . . dem Wunsch der Polen, innerhalb gesicherter Grenzen ihre nationale und territoriale Integrität zu bewahren, jetzt und in Zukunft höchste moralische Berechtigung einräumen“. Sie kommen zu dem Schluß, daß diese Aussagen der Korrektur im Sinne der geschichtlichen und ethischen Wirklichkeit bedürfen. Ich will im Rahmen der Möglichkeiten eines Briefes auf diese Einwände eingehen.

Zunächst also zur Bedeutung der Versöhnungsbotschaft von 1965. Um es gleich vorwegzunehmen: Die Interpretation, die der polnische Episkopat der Vergebungsbitte in seinem Fastenhirtenbrief vom 10. Februar 1966 gab, ist mir, den übrigen Bischöfen und dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bekannt. Dies war bereits der Fall, bevor Sie in Ihrem Artikel „Zur Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965“ die Aussagen dieses Hirtenbriefes einer kritischen Wertung unterzogen. Die entscheidende Aussage wurde, deutsch übersetzt, in die anlässlich des 20. Jahrestages des Briefwechsels aus dem Jahr 1965 von der Pressestelle der Deutschen Bischofskonferenz im Jahre 1985 herausgegebene Dokumentation „Versöhnung aus der Kraft des Glaubens“ aufgenommen (vgl. dort S. 23).

Ich kann Ihnen in vollem Umfang darin zustimmen, daß die in dem Hirtenbrief enthaltene Abschwächung der Vergebungsbitte eine Enttäuschung bedeutete. Noch heute muß diese partielle Rücknahme und vor allem die sie begleitende Argumentation, die Sie referieren, den deutschen Leser betroffen machen. Sie haben diese Zusammenhänge ja in Ihrem oben genannten Aufsatz, den ich mir für die Beantwortung Ihres Briefes heranzuziehen erlaubt habe, ausführlicher herausgearbeitet.

Ebenso eindrucksvoll zeichnen Sie dort aber auch die Gemeinschaftserfahrung des Zweiten Vatikanischen Konzils nach, das die Bischöfe aus beiden Ländern einander näherbrachte und Ihnen „Anstoß und Kraft gegeben“ hat, „Hemmungen und traditionelle Reserven zu überwinden und über Mauern zu springen“ (S. 134). Die Frucht dieser Annäherung war der historische Briefwechsel, vor allem der bewegende Schluß des polnischen Schreibens.

Was zählt, ist doch vor allem, daß dieses herausragende Ereignis überhaupt stattgefunden hat und daß der gesamte polnische Episkopat damals die berühmten Worte „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ feierlich ausgesprochen hat. Eine spätere Abschwächung kann die historische Bedeutung dieser Botschaft nicht mehr grundlegend in Frage stellen.

In Ihrem Brief geben Sie eine eingehende Interpretation der Argumente, mit denen der Hirtenbrief von 1966 die Vergebung und Vergebungsbitte durch Vorbehalte und Bedingungen nachträglich einschränkt. Gestatten Sie mir aber die Bemerkung, daß die von Ihnen in Ihrem Brief gegebene Darstellung nach meinem Verständnis zwei Aspekte zu kurz kommen läßt, die mir für eine Gesamtbeurteilung der Vorgänge von 1965/66 und der Wirkungsgeschichte der Versöhnungsbotschaft doch wesentlich zu sein scheinen.

Können wir nachträglich die Dimensionen der zur Jahreswende 1965/66 heraufziehenden grundsätzlichen Auseinandersetzung zwischen Kirche und kommunistischem Regime in Polen abschätzen, die um die Feier des Millenniums 1966 ausgetragen wurde? Hier ging es um nicht weniger als um die Legitimität des kirchlichen Anspruchs, die grundlegenden moralischen Rechte der Nation gegen ein totalitär auftretendes Regime zu verteidigen. Die Partei versuchte doch, zur Legitimierung der kommunistischen Herrschaft über Polen die Kirche in einem entscheidenden Punkt, nämlich der nationalen Zuverlässigkeit, nachhaltig zu treffen. Es mag uns mit gutem Grund bedauerlich erscheinen, daß sich der damalige polnische Episkopat in dieser Situation zu einem Teilrückzug veranlaßt sah. Wird man aber nicht doch um der historischen Gerechtigkeit willen sich stärker in die Lage hineinversetzen müssen, aus der heraus die polnischen Bischöfe damals glaubten, in dieser Weise handeln zu müssen? Jetzt zeigte sich, daß die Kirche im November 1965 viel gewagt hatte.

Ich muß Ihren Ausführungen entnehmen, daß Sie zu dem Schluß gelangen, die Versöhnungsbotschaft von 1965 habe im polnischen Katholizismus keine Wirkung entfaltet. Hier möchte ich doch erhebliche Zweifel anmelden. Es mag zu treffen, daß sie nur allmählich Breitenwirkung gezeitigt hat. Dies ist in einem Land, wo die Kirche sich lange Zeit nur über die Kanzeln öffentlich zu Gehör bringen konnte und gerade im Blick auf die Informationsmöglichkeiten sehr totalitären Strukturen ausgesetzt war, nicht überraschend. Aber auch hier muß

man näher hinsehen: Das Volk hat 1966 in Tschenschow auf die Lesung der Texte der Versöhnungsbotschaft Kardinal Wyszynski geantwortet: „Wir vergeben!“ Sicher ist auch – dafür gibt es viele Zeugnisse, die freilich den Rahmen dieses Briefes sprengen würden –, daß all jene Polen, die sich um die deutsch-polnische Verständigung bemühen, seither immer wieder diese Versöhnungsbotschaft als Ausgangspunkt und Fundament der Verständigungsbemühungen in den Mittelpunkt gerückt haben. Dies gilt ebenso für katholische wie für laizistische Intellektuelle, kurz gesagt, für einen gewichtigen Kreis gesellschaftlicher Multiplikatoren, die unter den heutigen, gewandelten Umständen in Polen jetzt weit größere Möglichkeiten für die Gestaltung der öffentlichen Diskussion um die deutsch-polnischen Beziehungen haben – und hoffentlich auch weiterhin nützen werden. Auch außerhalb Polens gilt dieser Briefwechsel von 1965 als beispielhaft. Ich weise besonders auf die eindrucksvolle Erklärung hin, die der Erzbischof von Prag am 11. Januar 1990 über die Notwendigkeit gegenseitiger Vergebung für die Untaten, die sich Deutsche und Tschechen gegenseitig zugefügt haben, abgegeben hat. Darin verweist er ausdrücklich auf die „Gemeinsame Erklärung der polnischen und der deutschen Bischöfe“ von 1965. Ich meine also, daß die Worte von 1965 in Polen bereits eine positive Wirkungsgeschichte haben, die wir bereitwilliger als bisher anerkennen sollten, auch wenn sie – aus vielen Gründen – nicht in gleicher Weise wie entsprechende deutsche Bemühungen breite Kreise des Kirchenvolkes erreichen konnte. Ich bezeichne in meinem Brief an den Herrn Bundeskanzler das Wort „Wir vergeben und bitten um Vergebung“ als Leitsatz und Verpflichtung. Dies bezieht sich zuallererst auf die Fortführung des aufrichtigen Dialogs als der gemeinsamen Suche nach Wahrheit, die beiden Seiten gleichermaßen auferlegt ist. Es darf uns also nicht wundern, wenn die Versöhnungsbotschaft sich nicht gleichsam auf Anhieb durchgesetzt hat. Darum sollte auch die Klage über ihre Abschwächung im Frühjahr 1966 nicht über Gebühr im Vordergrund stehen. Ich komme später nochmals darauf zurück.

Gegenüber Ihrer zweiten Vorhaltung glaube ich mich kürzer fassen zu können. Mein Ausgangspunkt war selbstverständlich nicht eine moralische Rechtfertigung des unmenschlichen Vertreibungsgeschehens oder der Umstände, unter denen die Oder-Neiße-Grenze zustande kam. Wir können uns heute jedoch nicht allein auf das Ereignis der Vertreibung in den Jahren 1945/46 beschränken. Mir ging es vielmehr um den berechtigten Wunsch der *heutigen polnischen Menschen* – sowohl der heute in Schlesien, Pommern und Ostpreußen als auch der außerhalb davon ansässigen –, in Bewahrung ihrer nationalen Identität weiterhin in Frieden und Sicherheit innerhalb eines Gemeinwesens leben zu können, dessen äußere Grenzen jetzt und in Zukunft von niemandem in Frage gestellt werden.

Dabei weiß ich mich in vollständigem Einklang mit den Stellungnahmen meiner Vorgänger im Amt eines Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz zu dieser Frage. Kardinal Döpfner erklärte am 21. Dezember 1970: „Die Bevölkerung in der Bundesrepublik wünscht in ihrer Gesamtheit die Aussöhnung mit dem polnischen Volk und ist bereit, dafür Opfer zu bringen. Sie ist einmütig und eindeutig gegen jede Gewalt und gegen jede Androhung von Gewalt. Sie wünscht entschieden, daß alle, die in jenen Gebieten östlich der Oder und Neiße wohnen, dort in Frieden und Sicherheit leben können und daß niemand jetzt und in Zukunft ihnen einen Zwang auferlegt.“ Und Kardinal Höffner konnte am 7. Dezember 1985 den polnischen Bischöfen „mit großem Nachdruck und fester Überzeugung“ bekunden, „daß unter den Menschen in unserem Land das Verständnis für das Bedürfnis des polnischen Volkes nach nationaler und territorialer Integrität fest verankert ist. Die deutschen Katholiken haben diesem Anliegen der Polen nach allen Schrecknissen der Vergangenheit seit jeher hohe moralische Berechtigung eingeräumt. Die feierliche Absage an Gewalt und Vergeltung, die Anerkennung der nationalen Lebens- und Heimatrechte des polnischen Volkes sind den deutschen Katholiken ebenso ernst wie die feste und dauerhafte Berücksichtigung der internationalen Rechtsgrundlagen in allen ihren Teilen, auf welche sich das Verhältnis zwischen unseren Staaten gründet.“

Die Berufung auf die unverbrüchliche Achtung der internationalen Rechtsgrundlagen in allen ihren Teilen schließt das Festhalten am Friedensvertragsvorbehalt ein. Frieden kann allerdings aus der heutigen Umbruchsituation in Europa nur dann heranreifen, wenn die Chance genützt wird, größeres gegenseitiges Vertrauen wachsen zu lassen. Die bloße Zusicherung, daß eine endgültige Regelung der Grenzfrage keine Vertreibung für die heute in jenen Gebieten lebenden Menschen mit sich bringen wird, scheint dafür allein nicht ausreichend zu sein. Wir erleben gegenwärtig eine Zeitspanne tiefgreifender Veränderungen, in der die Grundzüge einer neuen Ordnung des Zusammenlebens der Völker in Europa entwickelt werden. Dieser geschichtliche Kairos fordert uns dazu heraus zu erklären, wie und auf welchen Fundamenten wir diese Ordnung errichten wollen. In diesem Sinne kann es zur Förderung des Vertrauens zwischen den Menschen, die in eben diesem Europa von morgen miteinander in Frieden und Gerechtigkeit leben sollen, sehr wohl moralisch geboten und höchst aktuell sein, über grundlegende Voraussetzungen der angestrebten Friedensordnung zu sprechen, die Deutsche und Polen konkret betreffen. Die gegenwärtige Suche nach einer Einheit Deutschlands macht diese Überlegungen noch dringlicher. Darum haben die Bischöfe der Deutschen und der Berliner Bischofskonferenz bei ihrem Treffen in Augsburg am 8. März 1990 gemeinsam einstimmig erklärt: „Der Prozeß der Einigung Deutschlands wird bei man-

chen unserer Nachbarn nicht ohne Sorge beobachtet. Wir verstehen diese Sorgen. Dennoch sind wir überzeugt, daß diese letztlich unberechtigt sind und daß ein geeintes Deutschland ein verlässlicher Partner in der Völkergemeinschaft Europas sein wird, der bestehende Grenzen verbindlich anerkennt. Die Zukunft unseres Volkes liegt in einem einigen Europa, dessen Völker versöhnt miteinander in Frieden leben und das seine Verantwortung für die Gerechtigkeit in der Welt wahrnimmt.“

Es trifft aber auch zu, daß dieses Vertrauen nur in einer Atmosphäre der Wahrhaftigkeit gedeihen kann, der sich beide Seiten verpflichtet wissen müssen. Durch Ihr Lebenszeugnis und durch Ihre Arbeiten haben Sie unermüdlich und unbestechlich dazu beigetragen, diese Grundlage zu schaffen und zu verbreitern. Schon Ihr Görlitzer Tagebuch 1945/46 „Wächter, wie tief die Nacht?“ (Eltville 1986³) weist Sie als Freund Polens aus. Daran möchte ich keinen Zweifel lassen. Ihre Anfragen sind aus einer leidenschaftlichen Suche nach Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe für eine gemeinsame Zukunft von Deutschen und Polen entstanden. Ich gehöre schon einer anderen Generation an: Mich bewegt die Frage nach dem ganzen Gewicht des von Deutschen begangenen Unrechts und das Problem, wie dieser Schuldzusammenhang, der auch uns (gerade ohne Kollektivschuld!) in Pflicht nimmt, fruchtbar umgestaltet werden kann für eine gedeihliche Zukunft beider Völker.

Ich bin mir dessen bewußt, daß die vor uns liegende Fortsetzung des polnisch-deutschen Dialogs, der auf beiden Seiten nach wie vor von tiefgreifenden Befangenheiten belastet ist, uns auch in Zukunft viel Geduld abverlangen wird. Wesentliche Fragen müssen erst noch in ihrer ganzen Tragweite angegangen werden. Für die Vorarbeiten, die Sie vielfach dafür geleistet haben, gilt Ihnen mein besonderer Dank.

In diesem Jahr werden es 25 Jahre sein, daß die Versöhnungsbotschaft veröffentlicht worden ist. Ich möchte alles tun, um die eindringliche Bitte um Vergebung wieder zu neuem, frischem Leben zu erwecken. Wir haben eine gute Chance.

Mit freundlichen Grüßen und Gottes Segen bin ich

Ihr

Bischof Karl Lehmann

NB.: Der zu Beginn des Briefes genannte Artikel „Zur Versöhnungsbotschaft der polnischen Bischöfe vom 18. November 1965“ ist veröffentlicht in: Peter Chmiel u. a. (Hg.), Beiträge zur Geschichte Schlesiens im 19. und 20. Jahrhundert, Festschrift für Hans-Ludwig Abmeier, Band I, Dülmen 1987, 134–151.

Anhang

„Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei“

Erklärung der deutschen Bischöfe zur Versöhnung mit dem tschechischen Volk

Die friedliche Revolution in der Tschechoslowakei hat den Menschen in unserem Nachbarland Freiheit und neue Hoffnung gebracht. Mit besonderer Freude begrüßen wir die von den Gläubigen des Landes wieder errungene Religionsfreiheit. Seit mehr als vierzig Jahren haben jetzt wieder alle Diözesen des Landes einen Bischof. Wir hoffen, daß die Behinderung des kirchlichen Lebens durch die Behörden und die Diskriminierung der Christen in der Gesellschaft nunmehr der Vergangenheit angehören. Die neugewonnene Freiheit läßt auch die Hoffnung wachsen, daß die zwischen Tschechen und Deutschen liegende Last der Vergangenheit gemeinsam abgetragen werden kann.

Der Staatspräsident der Tschechoslowakei, Herr Václav Havel, hat dem deutschen Nachbarvolk die Hand zur Versöhnung gereicht, indem er – in vollem Bewußtsein des auch von Deutschen an Tschechen begangenen Unrechts – die Vertreibung der Deutschen aus ihrer angestammten Heimat nach dem Zweiten Weltkrieg als „zutiefst unmoralische Tat“ verurteilte. Mit Bewegung und Dankbarkeit vernahmen wir dieses Wort. Mit denselben Empfindungen durften wir auch erleben, daß der Erzbischof von Prag, Kardinal Frantisek Tomásek, am 11. Januar 1990 erklärte: Die Akte der „Rachgier“ und der „Verfolgung“, die sich gegen die Deutschen in der Tschechoslowakei richteten, bilden einen „Schandfleck auf unserer nationalen Ehre“, der sich nicht durch Verschweigen oder den Hinweis auf das uns zugefügte Unrecht . . ., sondern nur durch ein objektives Bekenntnis zur ganzen Wahrheit und durch die Distanzierung von dem eigenen Unrecht“ tilgen lasse. „Die Wahrheit und die Liebe machen uns frei“, schreibt Kardinal Tomásek. Diese Botschaft des Evangeliums haben die Christen in die Fundamente des gemeinsamen europäischen Hauses einzubringen. „Das Herz Europas, aus dem einige Male in der Geschichte der Haß bis zum Völkermord loderte, sollte nun beginnen, im Rhythmus der Freundschaft zu schlagen.“

I. Trauer und Vergebung der Schuld

Wir danken dem Staatspräsidenten der Tschechoslowakei und dem Erzbischof von Prag mit den tschechischen Katholiken für dieses befreiende Wort. Die Er-

wählung der Schuld, die die Verantwortlichen für die Vertreibung der Deutschen auf sich luden, erinnert aber auch uns an die Untaten, die in deutschem Namen dem tschechischen Volk durch die Mißachtung seines Selbstbestimmungsrechtes, durch die Bedrohung seiner nationalen Existenz und durch Unterdrückung während der Okkupation zugefügt wurden. Wir beklagen den Mißbrauch des Verlangens des slowakischen Volkes nach nationaler Eigenständigkeit für die Zwecke der Machtpolitik der nationalsozialistischen Führung Deutschlands. Wir denken mit Scham an das Unrecht, das Tschechen durch die seit 1938 erzwungene und geplante Umsiedlung hinnehmen mußten. Wir trauern in gleicher Weise um jene Tschechen und Slowaken, die als Opfer der nationalsozialistischen Terrorherrschaft das Leben verloren, wie um die Opfer der Vertreibung.

Wir wissen um das Versagen und die Schuld, die viele Deutsche dabei auf sich geladen haben. Wir stellen uns der Verantwortung, die Last der Geschichte, die unser ganzes Volk zu tragen hat, anzunehmen. Mit den Worten der Fuldaer Bischofskonferenz vom 23. August 1945 erklären wir heute noch einmal im Blick auf jenes dunkle Kapitel in der langen gemeinsamen Geschichte von Tschechen und Deutschen: „Furchtbares ist schon vor dem Krieg in Deutschland und während des Krieges durch Deutsche in den besetzten Ländern geschehen. Wir beklagen es zutiefst: Viele Deutsche, auch aus unseren Reihen, haben sich von den falschen Lehren des Nationalsozialismus betören lassen, sind bei den Verbrechen gegen menschliche Freiheit und menschliche Würde gleichgültig geblieben, viele leisteten durch ihre Haltung den Verbrechen Vorschub, viele sind selbst Verbrecher geworden.“

Die Bischöfe der Berliner Bischofskonferenz erklären, daß sie zutiefst die Teilnahme der Nationalen Volksarmee der DDR an der gewaltsamen Unterdrückung des „Prager Frühlings“ im August 1968 bedauern. Dadurch wurden die alten Wunden aufgerissen und das Werk der Versöhnung schwer belastet.

II. Ermutigende Vorbilder gemeinsamer Geschichte

Die Erinnerung an die Zeitspanne, die von Ungerechtigkeit und Revanchegeist, von Gewalt und Vergeltung gekennzeichnet ist, darf die langen Jahrhunderte friedlichen Zusammenlebens von Tschechen, Slowaken und Deutschen in Böhmen, Mähren, Schlesien und in der Slowakei nicht vergessen machen. Das wechselseitige Geben und Empfangen, das – allen Spannungen und Zwißigkeiten zum Trotz – die tschechoslowakisch-deutsche Nachbarschaft die längste Zeit ihres Bestehens hindurch auszeichnete, führte unsere Völker gemeinsam zu hoher wirtschaftlicher und kultureller Blüte, die weit über die

Grenzen der von ihnen bewohnten Länder hinaus wirkte. Erst einem zerstörerischen Nationalismus und den Ideologien unseres Jahrhunderts blieb es vorbehalten, dieses einzigartige kulturelle Zusammenleben zum Schaden aller auszuhöhlen und schließlich zu zersprengen.

Der Weg von Tschechen, Slowaken und Deutschen durch die gemeinsam durchlebte und durchlittene Geschichte wurde von großen Gestalten des christlichen Glaubens begleitet, die von diesen Völkern gleichermaßen als Heilige verehrt werden: Johannes Nepomuk, Clemens Maria Hofbauer, Johannes Sarkander, Johann Nepomuk Neumann. Die am 12. November 1989 erfolgte Heiligsprechung der seligen Agnes von Böhmen hat uns diesen gemeinsamen Reichtum ins Gedächtnis gerufen. Diese Tochter König Ottkars I. von Böhmen, der deutsche Kolonisten in das Land gerufen hatte, empfahl Papst Johannes Paul II. Tschechen und Deutschen als Beispiel für ein Leben in gegenseitiger Achtung, ohne Zwist und Haß. Die Fürbitte dieser Heiligen möge den Bau der Brücken begleiten, die wir heute auf dem Fundament unseres Glaubens zwischen den Menschen im Herzen Europas aufs neue errichten wollen.

III. Gemeinsamer Aufbau eines neuen Europas

Die demokratische Revolution in Mittel- und Osteuropa hat die künstlich zwischen den Völkern aufgerichteten Barrieren niedergerissen. Europa als geistige Einheit wird für uns in diesen Tagen überall dort erlebbar, wo Grenzsperrn fallen und die Menschen die jahrhundertlang gewachsene Zusammengehörigkeit benachbarter Staaten und Landschaften mit neuem Leben erfüllen. Dieses Geschehen erfüllt uns mit Freude und Zuversicht. Wir empfinden den Wandel in Europa aber auch als Herausforderung, gemeinsam mit unseren Nachbarn für das Zusammenleben der Völker in Europa neue, dauerhafte Grundlagen zu legen. Der Friede zwischen den Nationen kann nach den furchtbaren Erfahrungen unseres Jahrhunderts immer weniger durch Abgrenzung oder gar die Macht der Waffen gesichert werden; Vertrauen und Wahrheit zwischen den Menschen müssen dem Frieden dauerhaftes Fundament geben.

Eine wichtige Grundlage für diese Aufgabe ist auch die auf die Liebe Jesu Christi aufgebaute Gemeinschaft der Ortskirchen, die in ihrer einträchtigen Vielfalt gegenseitige brüderliche Hilfe einschließt. Wir waren schon in der Vergangenheit bestrebt, unter den bestehenden Bedingungen diese Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, und wir werden erst recht in Zukunft nicht nachlassen, diese geistgewirkte Einheit noch intensiver und fruchtbarer zu gestalten (vgl. dazu die Kirchenkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils *Lumen gentium*, Art. 23). Gerade das Volk Gottes kann durch die Gnade Gottes jene Heilskräfte

einbringen, die auf besonders wirksame Weise helfen können, die menschliche Person zu retten und die Gesellschaft nach dem Maß der Menschenwürde aufzubauen (vgl. die Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils *Gaudium et spes*, Art. 3).

Das gemeinsame christliche Erbe unserer Völker weist den Christen dabei eine besondere Verantwortung zu. Dankbar dürfen wir feststellen, daß im Verhältnis zwischen tschechischen, slowakischen und deutschen Katholiken dafür seit langem gute Voraussetzungen geschaffen wurden, auf denen wir nun weiterbauen können. Wir wollen hier an die Verdienste der Sudetendeutschen, insbesondere aber der sudetendeutschen Katholiken, erinnern, die zusammen mit den anderen Heimatvertriebenen von Anfang an einer Haß- und Rachepolitik absagten und seit Jahrzehnten ihren Beitrag zur Versöhnung leisten. Wir denken dabei mit Hochachtung auch an die tschechischen und slowakischen Katholiken im Exil, die schon früh den Dialog mit ihren deutschen Brüdern und Schwestern suchten. Vor allem aber gilt jenen Gliedern in der Kirche in der Tschechoslowakei unser tiefempfundener Dank, die, selbst mitten in der Verfolgung stehend, aus der Kraft ihres Glaubens voller Weitsicht und Großmut den Boden für die Versöhnung unserer Völker vorbereiten halfen. Dieser Dank richtet sich in besonderer Weise an unseren hochverehrten Mitbruder Frantisek Kardinal Tomásek, der trotz aller Anfeindungen mit der gleichen Unerschrockenheit, mit der er die Freiheit des Glaubens verteidigte, die Tschechen und ihre Nachbarvölker im Geist seines großen Vorgängers, des heiligen Adalbert von Prag, zur Besinnung auf ihr gemeinsames Erbe und zur Erneuerung Europas durch die geistige und sittliche Wiedergeburt seiner Nationen aufrief. Mit Bewunderung und Dank schauen wir heute auf diese Kirche unseres Nachbarlandes, deren in jahrzehntelanger Unterdrückung geprüfte Treue zum Evangelium auch uns Ansporn für ein mutiges Zeugnis des Glaubens in der heutigen Welt und für den Dienst der Kirche an den Menschen unserer Zeit ist.

Zwischen unseren Völkern liegt heute noch die Hinterlassenschaft eines halben Jahrhunderts, das Unrecht und Leid, Mißtrauen und Gleichgültigkeit zwischen den Menschen wachsen ließ. Dieses unselige Erbe beiseite zu räumen und die Herzen der Menschen für den gemeinsamen Bau an einem neuen Europa zu gewinnen, ist die Aufgabe der uns heute geschenkten geschichtlichen Stunde. Mit Kardinal Tomásek, allen Christen und allen Menschen guten Willens in unserem Nachbarland hoffen wir darauf, daß uns dabei die Wahrheit und die Liebe frei machen werden: frei von der Last der vergangenen Schuld und offen für die Gestaltung der Zukunft in Gerechtigkeit und Frieden.

Augsburg, 8. März 1990